



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

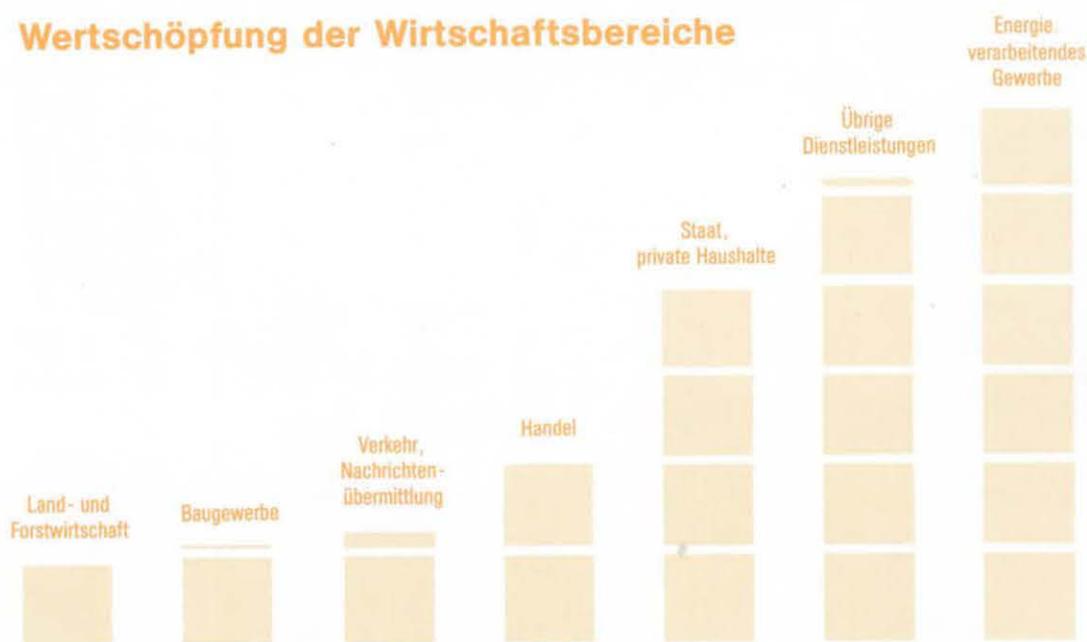
Heft 8

August 1987

Grafik des Monats: Personal des Bundes
 Aufsätze: Krankenhauspatientenstatistik
 Kurzberichte: Einbürgerungen 1986
 Ackernutzung 1987

Statistisches Amt für Hamburg
 und Schleswig-Holstein
 Bibliothek
 Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Mai 1987		Januar bis Mai 1987	
Beschäftigte	1 000	163	- 2,0	163	- 1,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	- 0,9	15	- 2,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	564	+ 1,7	531	+ 1,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 938	- 6,9	2 843	- 4,5
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 216	- 14,0	2 172	- 7,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	722	+ 24,8	671	+ 7,2
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 537	- 1,1	1 629	+ 0,1
aus dem Inland	Mill. DM	1 053	- 3,3	1 103	- 0,2
aus dem Ausland	Mill. DM	484	+ 4,1	526	+ 1,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	39	- 4,1	37	- 4,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	- 5,2	3	- 14,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	109	- 5,6	77	- 6,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	305	- 8,6	187	- 14,1
Auftragseingang ³	Mill. DM	233	+ 0,3	186	- 9,7
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	668	- 18,7	491	- 23,0
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	380	- 11,2	342	+ 7,0
Einzelhandel					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	Februar 1987		Januar bis Februar 1987	
		84,8	+ 1,3	86,9	+ 1,4
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	März 1987		Januar bis März 1987	
		70,6	- 15,4	64,5	- 8,8
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	138	- 23,6	106	- 13,0
Übernachtungen	1 000	529	- 36,2	407	- 21,0
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	Mai 1987		Januar bis Mai 1987	
		102 253	- 4,7	119 629	- 4,4
Außenhandel					
Ausfuhr	Mill. DM	April 1987		Januar bis April 1987	
		813,3	- 2,6	889,1	+ 8,5
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 012	- 10,2	9 185	- 7,5
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	47 716	+ 4,4	47 452	+ 4,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1
 2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1
 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
 4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)
 6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken
 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 8/87

	Seite
Aktuelle Auslese	155
Aufsätze	
Neues in der Krankenhauspatientenstatistik	156
Kurzberichte	
Einbürgerungen 1986	166
Anbau auf dem Ackerland 1987	167
Grafik des Monats	160
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 3/1987**
Schleswig-Holstein im Jahre 1986
- Heft 4/1987**
Volkszählung 1987: Notwendig für Kommunen
Volkszählung 1987 — Vorurteile und
Wirklichkeit
Die ältesten Volkszählungen
- Heft 5/1987**
Bundestagswahl 1987
Einzelhandel
- Heft 6/1987**
Öffentliche Abwasserbeseitigung 1983
Wirtschaftliches Wachstum 1986
Arbeitsstätten des Einzelhandels
Rehabilitationsmaßnahmen
- Heft 7/1987**
Zum Nach-Denken über „anonymisiert“
Gastgewerbe 1985
Berufsbildungsstatistik 1986

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Volkszählung 1987: Notwendig für Kommunen	4/76
Volkszählung 1987 — Vorurteile und Wirklichkeit	4/79
Die ältesten Volkszählungen	4/86
Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1986/87	2/38
Bildungswanderungen	2/40
Berufsbildungsstatistik 1986	7/149
Wahlen	
Bundestagswahl 1987	5/100
Produzierendes Gewerbe	
Investitionen im verarbeiteten Gewerbe	2/42
Handel und Gastgewerbe	
Einzelhandel	5/110
Arbeitsstätten des Einzelhandels	6/132
Gastgewerbe 1985	7/143
Öffentliche Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger	2/28
Rehabilitationsmaßnahmen	6/133
Löhne und Gehälter	
Arbeitskosten	1/16
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1/4
Wirtschaftliches Wachstum 1986	6/131
Umweltschutz	
Öffentliche Abwasserbeseitigung	6/120
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1986	3/47
Zum Nach-Denken über „anonymisiert“	7/140



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 8

August 1987

Aktuelle Auslese



Zahl der Insolvenzen geht weiter zurück

Der sich 1986 andeutende Trend hat sich fortgesetzt: Die Zahl der Insolvenzen geht weiter zurück. Im ersten Halbjahr 1987 wurden bei den schleswig-holsteinischen Amtsgerichten 385 Konkursverfahren beantragt. Das sind 63 Konkurse oder 14 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Unternehmenskonkurse nahmen sogar um 82 oder 23 % auf 281 ab. Demgegenüber ist die voraussichtliche Forderungshöhe von 193 auf 372 Mill. DM gestiegen.

Der Rückgang trat in allen Wirtschaftsbereichen auf. Von der Anzahl her gesehen war er im Handel mit 24 Fällen oder 29 % am kräftigsten. Im Baugewerbe wurden 14 Fälle oder 14 % weniger beantragt als im ersten Halbjahr 1986.

Im Bundesgebiet ist eine ähnliche, aber nicht so deutliche Entwicklung feststellbar.



Studentenzahl steigt nur noch geringfügig

Im Sommersemester 1987 waren an den Hochschulen des Landes insgesamt 30 507 Studierende eingeschrieben. Das sind 326 oder 1 % mehr als im Sommersemester 1986. Die Zahl der weiblichen Studenten stieg um 57 auf 11 463, der Frauenanteil beträgt unverändert 38 %.

An den Universitäten waren 17 500 Studierende immatrikuliert, und zwar 16 422 in Kiel, 1 047 an der Medizinischen Universität zu Lübeck und 31 an der Nordischen Universität Flensburg. An den pädagogischen Hochschulen ging die Studentenzahl um 10 % auf 1 827 zurück, in Flensburg sind 585, in Kiel 1 242 Studierende eingeschrieben. An der Musikhochschule Lübeck ging die Studentenzahl um 6 % auf 320 zurück.

Starke Zuwächse konnten dagegen die Fachhochschulen verzeichnen: In Flensburg stieg die Zahl der Fachhochschulstudenten um 19 % auf 1 056, in Kiel um 3 % auf 4 595, in Lübeck um 8 % auf 2 052, in Wedel um 5 % auf 1 012 und an der Fernfachhochschule Rendsburg um 12 % auf 1 306. Lediglich an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz sank die Studentenzahl um 13 % auf 839.



Immer mehr Unfälle

Im 1. Halbjahr 1987 ereigneten sich auf den Straßen Schleswig-Holsteins nach zum Teil noch vorläufigen Feststellungen der Polizei insgesamt rund 40 700 Unfälle. Das sind 4 % mehr als im 1. Halbjahr 1986. Zu diesem Anstieg trugen allerdings nur die Sachschadensunfälle bei. Ihre Zahl erhöhte sich um 7 % auf 33 900. Demgegenüber ging die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 9 % auf 6 800 zurück. Bei den Unfällen mit Personenschaden wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 170 Personen getötet und 8 800 Personen verletzt, 6 % bzw. 9 % weniger als in der entsprechenden Vorjahresperiode.

Neues in der Krankenhauspatientenstatistik

Im Januarheft 1986 wurde an dieser Stelle¹ mitgeteilt, daß die neue Bundespflegesatzverordnung vom August 1985 den Krankenhäusern auferlegt, jährlich eine Statistik ihrer Patienten aufzustellen, die nach der Diagnose gegliedert ist. Dabei wurde beklagt, daß der Gesetzgeber es unterlassen hatte, zugleich für die unentbehrlichen Einzelheiten zur Methode dieser Statistik zu sorgen. Diesem Mangel hat das federführende Bundesministerium dann im Sommer 1986 abgeholfen: Es verschickte in mehreren Wellen und über viele Monate hin an die Krankenhäuser einen sog. „Leitfaden“, den es als Forschungsbericht an einer Universität hatte erarbeiten lassen. Dieses Papier gibt Empfehlungen und Hilfestellung bei Einführung der Diagnosestatistik, besitzt allerdings keine Rechtsverbindlichkeit.

Da hier Kenner der Materie am Werk waren, enthält der Leitfaden praxisbezogene wesentliche Hinweise, die als Grundlage einer vergleichbaren Diagnosestatistik geeignet sind. Den Verfassern ist natürlich auch das in dem obengenannten Aufsatz dargelegte Dilemma geläufig, daß Patienten nur entweder mit den Merkmalen Diagnose und Fachabteilung und der auf diesen Teilaufenthalt begrenzten Verweildauer, oder ohne Fachabteilung und ohne eindeutig zugeordnete Diagnose, dafür aber mit ihrer gesamten Krankenhausverweildauer gezählt werden können. Die Bundespflegesatzverordnung fordert klar die erste der beiden Zählweisen, obwohl diese fachabteilungsbezogene Statistik dem Ziel, den Krankenkassen als Partner in den Pflegegesetzverhandlungen einen Vergleich zwischen verschiedenen Krankenhäusern zu ermöglichen, nicht optimal dient. Überrascht stellte die Fachwelt fest, daß im Leitfaden nunmehr eine zweite Statistik gefordert wird, nämlich die mit den gesamten Krankenhausverweildauern. Obwohl der Leitfaden, wie gesagt, kein Recht setzt und obwohl der Interessenverband der Krankenhäuser diesen Sachverhalt auch betont und die Freiwilligkeit jener krankenhaushumfassenden Zählweise herausstellt, hat das Statistische Landesamt das Konzept seiner langjährigen Landesstatistik um diese Darstellungsform erweitert. Dies ist auf dem Hintergrund des Beschlusses von 1985 zu sehen, den Krankenhäusern, die in Schleswig-Holstein an der landeseigenen Diagnosestatistik teilnehmen, auch die durch

die Bundespflegesatzverordnung geforderte Statistik (das Blatt „L1“ der dort verankerten Kosten- und Leistungsnachweise) zur Verfügung zu stellen. Die jetzige Erweiterung entspricht ohnehin weitgehend der schon im obengenannten Aufsatz auf Seite 14 vorgeschlagenen Lösung.

Der krankenhaushumfassende Nachweis

Wer seine Bücher zählen will, kann die Stücke zählen, wie er sie einzeln in die Hand nimmt; für jedes notiert er Verfasser, Titel und Seitenzahl. Wenn er dann einmal mehrbändige Werke nicht als mehrere Stücke, sondern als je ein Stück nachweisen möchte, muß er nicht noch einmal an den Bücherschrank gehen, sondern kann in seiner Liste aus Verfasser und Titel die Zusammengehörigkeit erkennen und die Seitenzahl für die neue Einheit addieren.

Für eine Statistik der Krankenhauspatienten (Zählweise: Gesamtaufenthalt eines Patienten im Krankenhaus) muß nicht erneut gezählt werden, wenn die kleineren Einheiten (Aufenthalt in einer Abteilung eines Krankenhauses) bereits ermittelt wurden, und zwar mit Merkmalen, welche die gewünschte Zusammenfassung erlauben. Es sind vielmehr nur die originären Kleinheiten erneut zu bearbeiten mit dem Ziel zu bestimmen, welche von ihnen zu den größeren Einheiten zu aggregieren sind. Die originären Kleinheiten sollen hier „Menge 1“ heißen.

Die Aufgabe scheint einfach zu sein und folglich rein maschinell zu erledigen. Im Bücherbeispiel: es gehören Bücher zusammen, die den gleichen Verfasser und den gleichen Titel haben, also z. B. Schiller, gesammelte Werke, und diese sind gemäß der Nummer des Bandes zu sortieren. In termini der Diagnosestatistik ausgedrückt: es gehören solche Datensätze zusammen, die den gleichen Patienten betreffen, und diese sind in die Reihenfolge der Zeit zu bringen, um die gesamte Verweildauer durch Differenz zwischen dem ersten Zugang und dem letzten Abgang zu bestimmen.

„Der gleiche Patient“ ist zunächst jeder Datensatz mit der gleichen Patientennummer, denn die Krankenhäuser vergeben an einen Patienten bei der Aufnahme eine Nummer, die der Patient mindestens bis zu seiner Ent-

1) „Zur Diagnosestatistik des Landes Schleswig-Holstein“ in Heft 1/1986 dieser Zeitschrift

lassung, oft auch darüber hinaus für ein halbes oder ganzes Jahr (bei evtl. Wiederaufnahme) behält. Wie nun aber der Autor Kästner nicht gleich Kästner sein muß (nämlich Erich und Erhart), so gibt es Fälle gleicher Nummer bei tatsächlich verschiedenen Patienten. Dies dürfte zwar nur selten dadurch entstehen, daß von der Aufnahme des Krankenhauses irrtümlich zweimal die gleiche Nummer vergeben wird, aber es kann in Massen aus einem Grund vorkommen, an den vorher keiner gedacht hat. Bei einem Vortest blieb z. B. folgende Datenmenge im Netz hängen: 300 Patienten werden in einer Klinik A aufgenommen, weil sie dort ein Bett belegen, aber in einer Klinik B derselben wirtschaftlichen Einheit behandelt (im Beispiel: Kinder mit Schieloperation). Sie haben im Datensatz den Schlüssel der Klinik B, aber die Aufnahme Nummer der Klinik A. Da beide Kliniken Nummern ab 1 vergeben, fehlen in der Klinik A 300 Nummern (was für sich genommen nicht auffallen muß) und sind in Klinik B 300 Nummern doppelt besetzt, und zwar von jeweils ganz verschiedenen Patienten.

Identitätszweifel

„Identität“ bedeutet — anders als „Identifikation“ — Gleichheit. Hier den Umstand, daß mehrere Datensätze sich auf dieselbe — gleichwohl nicht identifizierbare — Person beziehen. Durch die erste Prüfung der Datensätze eines Jahres auf gleiche Krankenhaus- und Patientennummer entstehen Folgen von Sätzen vermutlich identischer Patienten. In einem weiteren Schritt muß jetzt die Vermutung zur Gewißheit verdichtet werden. Dazu wird innerhalb jeder Folge geprüft, ob auch Geschlecht und Geburtstag übereinstimmen, im Bücherbeispiel: ob auch die Vornamen der Autoren gleich sind. Alle Datensatzfolgen mit abweichendem Geschlecht oder Geburtstag werden ausgedruckt, und diese Fälle müssen einzeln bearbeitet werden.

Außer einem Massenfehler, der, wie oben geschildert, unvorhergesehen auftreten kann, finden sich ein paar Dutzend Folgen mit höchstwahrscheinlich durch Eingabefehler verfälschtem Geschlecht oder Geburtstag. Die Kriterien für dieses Urteil „offensichtlich verfälscht“ brauchen hier nicht einzeln dargelegt zu werden (z. B. Geburtstag einmal 3. 2. 58, einmal 2. 3. 58). Die Korrektur ist bei Geburtstagsabweichung eher unproblematisch, es sei denn, die Abweichung liegt in der Angabe des Geburtsjahres, z. B. 58 und 85, womit eine wichtige Altersgruppenzuordnung verbunden ist. Ungewiß bleibt die objektive Richtigkeit auch dann, wenn zwei sonst gleiche Datensätze sich im Geschlecht des Patienten unterscheiden, es sei denn, die behandelnde Abteilung oder die Diagnose geben Hinweise.

Am Ende der Bearbeitungsphase ist entweder die Identität bestätigt und die Abweichung beseitigt oder die Abweichung bestätigt und die bisher übereinstimmenden Patienten-Nummern „verungleicht“. Dazu muß eine der beiden Nummern neu festgesetzt werden nach einer Methode, die ausschließt, daß zufällig eine für das betreffende Krankenhaus schon belegte Nummer gewählt wird; man wird sie z. B. mit einer „9“ beginnen lassen, die im allgemeinen nicht vorkommt.

Der Einwand „Identitätszweifel“ ist damit beseitigt, wenn auch nur in einer, nämlich der geschilderten Richtung. Der komplementäre Materialfehler, daß mehrere Bandsätze desselben Patienten infolge ungleicher Nummer nicht als zusammengehörig erkannt werden, kann nicht entdeckt werden. Der maschinell leicht zu ermittelnde Umstand, daß irgendwelche Fälle in Geschlecht und Geburtstag übereinstimmen, würde für sich allein nicht die Annahme rechtfertigen, daß es sich dabei um dieselbe Person handelt.

Zeitfolgestörung

Das Material von etwa 11 000 Folgen mit jeweils gleicher Patientennummer wird dann einem dritten Test unterzogen. Wieder im Büchergleichnis: wenn von der achtbändigen Schillerausgabe der Band 3 fehlt oder Band 5 doppelt vorhanden ist, kann ein einwandfreies maschinelles Zählergebnis nicht erwartet werden. In termini der Diagnosestatistik: wenn die mehreren einzelnen Datensätze eines Patienten zeitlich nicht lückenlos aneinanderschließen, muß im Einzelfall entschieden werden, ob und welche von ihnen zu dem Gesamtaufenthalt zusammenzufassen sind, den darzustellen das Ziel der ganzen Aktion ist.

Die maschinell leicht zu realisierende Prüfbedingung lautet: fügen sich die jeweils eine Folge bildenden Einzelsätze, deren jeder einen Anfangs- und Endtag hat, ohne Lücke und ohne Überschneidung zu Zeitfolgen zusammen? In diesem Sieb bleiben weit mehr Folgen des zusammengeführten Materials hängen als bei der Identitätsprobe.

Die Bedingung „ohne Zeitlücke“ war hierbei folgendermaßen realisiert worden:

Sortiere die einzelnen Sätze der Folge nach aufsteigendem Datum des Zugangstages und prüfe, ob der Abgangstag des ersten Satzes derselbe ist wie der Zugangstag des zweiten Satzes, dessen Endtag gleich dem Anfangstag des dritten Satzes, und so fort.

Dieser Fassung der Zeitprüfung lag die Vorstellung zugrunde, daß ein Patient an einem Tag in das Krankenhaus kommt, an einem der folgenden in eine andere Abteilung verlegt wird, einige Tage später vielleicht wieder zurückverlegt wird, daß also der Tag des Abgangs aus Abteilung A zugleich Tag des Zugangs in Abteilung B ist usw. Eine Lücke dazwischen, und sei es auch nur ein Tag, konnte allein durch Entlassung und Wiederaufnahme entstanden sein.

Als man sich die Datensatzfolgen gleicher Patientennummer, aber mit einer Störung in der Zeitfolge ansah, ergab sich, daß vier Fünftel von ihnen eine ganz bestimmte Störung aufwiesen: zwischen Abgangstag eines Falles und Zugangstag des anschließenden Falles klaffte 1 Tag Abstand. Da diese Fälle sich auf wenige Krankenhäuser konzentrierten, war der Sachverhalt leicht aufzuklären. Dort wird eine interne Verlegung für die aufnehmende Abteilung mit dem Verlegungstag, für die abgebende Abteilung jedoch mit dem Vortag verzeichnet. Die Datumsangaben bezeichnen dann zugleich den korrekten letzten und ersten Berechnungstag der betroffenen Kostenstellen. Diesem Umstand gemäß wurde die Prüfbedingung dann derart geändert, daß nunmehr auch Fälle mit einem Tag Abstand zueinander als zusammengehörig gelten. Der damit in Kauf genommene Fehler, auch dann einen durchgehenden Aufenthalt zu erzeugen, wenn der Patient tatsächlich heute entlassen und morgen wieder aufgenommen wurde, kann vernachlässigt werden, weil er sehr selten und obendrein nicht einmal unter jedem Aspekt ein Fehler ist.

Ein weiterer Block von Folgen fiel in dieser zweiten Prüfung durch folgende zeitliche Abwicklung auf: Zugang immer am Ersten eines Monats, Abgang immer in der Mitte desselben Monats. Hier brachte die Diagnose des Patienten die Aufklärung: chronische Glomerulonephritis, also Nierenversagen, welches die typische Diagnose der Patienten darstellt, die auf ständig zu wiederholende Blutwäsche (Hämodialyse) angewiesen sind. Wenn diese Dialysebehandlungen aufgrund entsprechender Vereinbarung mit den Krankenkassen als stationäre Behandlungstage (mit besonderem Pflegesatz) abgerechnet werden, würde eine Unzahl von Rechnungen über je einen Tag (mit der Aufenthaltsdauer von 0 Tagen) entstehen. Zur Vereinfachung pflegt ein Krankenhaus diese Tage immer monatsweise zusammenzuschieben. Dadurch entstanden trügerische Fälle von je etwa 2wöchigen Aufenthalten, Monat für Monat. Das Krankenhaus wurde gebeten, abrechnungsbedingte Fallsätze dieser Art nicht mehr abzugeben.

nungsbedingte Fallsätze dieser Art nicht mehr abzugeben.

Der eingangs erwähnte „Leitfaden“ enthält hierzu keinen Hinweis, er kennt jedoch Fälle mit 0 Tagen bei Dialysepatienten. Da dies keine regulären stationären Fälle sind, werden sie im Statistischen Landesamt, so weit noch im Material enthalten, entfernt. Sie fehlen damit auch in den aus diesem Material erstellten L1-Tabellen. Das dürfte ihre Verwendbarkeit nicht beeinträchtigen, zumal das Krankenhaus diese Leistungen anderweitig aufzeichnet.

Die restlichen, bei der maschinellen Prüfung des zeitlichen Nacheinander aufgebrauchten Fälle betrafen überwiegend getrennte Krankenhausaufenthalte desselben Patienten in demselben Jahr, die auch getrennt zu bleiben hatten.

Einige kuriose Folgen mit zeitlich sich überschneidenden oder verschachtelten Perioden waren durch unterbliebene Stornierung entstanden. Einer von mehreren so gelagerten Fällen war jeweils zu erhalten, und zwar der zuletzt erstellte, und die anderen zu löschen. Zugrunde liegt folgendes Geschehen: Ein im Krankenhaus abschließend bearbeiteter Fall, dessen Rechnung vielleicht schon an die Krankenkasse gegangen ist, enthält einen Fehler, zum Beispiel auch im Zugangs- oder Abgangstag. Daraufhin wird ein korrigierter Datensatz erstellt und der fehlerhafte gelöscht („storniert“). Wenn nun in dem für die Diagnosestatistik zu verwendenden Magnetband der fehlerhafte Fall aus irgendwelchen prinzipiellen oder aktuellen Gründen nicht gelöscht, der korrigierte aber zugefügt wurde, ist er doppelt im Material. Bei quartalsweiser Übermittlung für die Statistik entsteht dies praktisch unvermeidlich, wenn Erstein-gabe und Korrektur in verschiedene Quartale fallen.

Die prinzipielle Lösung dieses Problems besteht in der Übermittlung sog. Stornosätze, d. h. einer genauen Kopie des falschen Falles, aber mit sozusagen negativem Vorzeichen, was dazu führt, daß der schon abgelegte Zwilling gefunden wird und beide Fälle gelöscht werden, so daß der korrigierte, nachgelieferte Fall allein übrig bleibt. Die Erfahrung lehrt, daß ein solches Verfahren nur unter sehr guten Bedingungen bezüglich der EDV funktioniert. Wenn es daran mangelt, ist es sicherer und macht insgesamt weniger Arbeit, die Doppelfälle dieser Herkunft zunächst in Kauf zu nehmen und erst nach der geschilderten maschinellen Prüfung einzeln zu löschen.

Behandlung der unplausiblen Fälle

Es mag übertrieben erscheinen, für eine Statistik, die eine Fallzahl in der 5. Zehnerpotenz verarbeitet, Kontrollen anzuwenden, die vielleicht nur 10 Fehlerfälle aufspüren. Der Grund dafür ist auch weniger, diese zehn Fehlerfälle zu bereinigen und damit dem Material zu erhalten; man könnte sie auch in falscher Gestalt verarbeiten oder löschen, ohne daß das statistische Ergebnis daran Schaden nähme. Der Grund ist vielmehr die prinzipielle Ungewißheit, wie oft ein Fehler auftritt, also das unkalkulierbare Risiko, daß Fehler aufgrund unvorhersehbarer Zufälle so zahlreich sind, daß sie das Ergebnis in einer bestimmten Ausprägung seiner Gliederungen empfindlich verfälschen würden. Kein Fehler ist so absurd, daß er in einer von Maschinen erstellten und verarbeiteten Datenmenge nicht massenhaft auftreten könnte, denn die Vorgaben für die blind- und fehlerfrei arbeitende Maschine stammen von Menschen.

Die geschilderten Prüfungen führen dazu, daß der Bearbeiter Listen mit den jeweils fragwürdigen Fällen erhält. Er trifft die Entscheidung, ob es sich bei den vorgelegten Folgen um zusammenhängende Krankenhausaufenthalte handelt oder nicht und ändert ein einzelnes Datum so, daß auch die Maschine gemäß den Vorgaben zu seiner Entscheidung gelangt. Die angefaßten Fälle durchlaufen den Prüfengang dann erneut und so oft, bis kein fragwürdiger Fall mehr übrig bleibt. Das ursprünglich nur unverbundene Einzelsätze enthaltende Material (Aufenthalt des Patienten in einer Abteilung) ist danach in zwei Teilmengen geschieden:

- Sätze, die, obgleich abteilungsbezogen, jeweils den ganzen Aufenthalt des Patienten im Krankenhaus abbilden
- Folgen von Sätzen, die denselben Patienten in verschiedenen Abteilungen betreffen und erst zusammen den ganzen Aufenthalt des Patienten im Krankenhaus abbilden.

Bilden der neuen Gesamtfallsätze

Als nächstes müssen die B-Folgen zu je einem Datensatz zusammengezogen werden, um sie schließlich gemeinsam mit den A-Sätzen der statistischen Auswertung zuzuführen, also auszuzählen und in Tabellen

zu drucken. Diese neue Gesamtmenge soll „Menge 2“ heißen. Für das Zusammenziehen der B-Folgen muß bestimmt werden, was im Falle abweichender Merkmale der einzelnen Sätze geschehen soll. Der Aufbau des Datensatzes, also sein formaler Inhalt, bleibt dabei unverändert. Zugangstag und Zugangsart, Wohnkreis, Alter und Geschlecht werden aus dem ersten der zu vereinigenden Einzelsätze genommen, Abgangstag und Abgangsart aus dem letzten. Die Verweildauer wird neu errechnet, wenn auch auf die gleiche Weise wie zuvor, nämlich „Abgangstag minus Zugangstag“. Die Zahl der Operationen wird aus den Einzelsätzen addiert. Die Hauptsache, die Diagnose, wird nach einer einfachen Vorgabe maschinell aus den unter Umständen divergierenden Diagnosen der Einzelsätze ausgewählt: Es ist die des Einzelsatzes mit der längsten Verweildauer, bei zwei oder mehr gleichlangen Perioden die der spätesten dieser Perioden.

Sorgenkind: Operationen

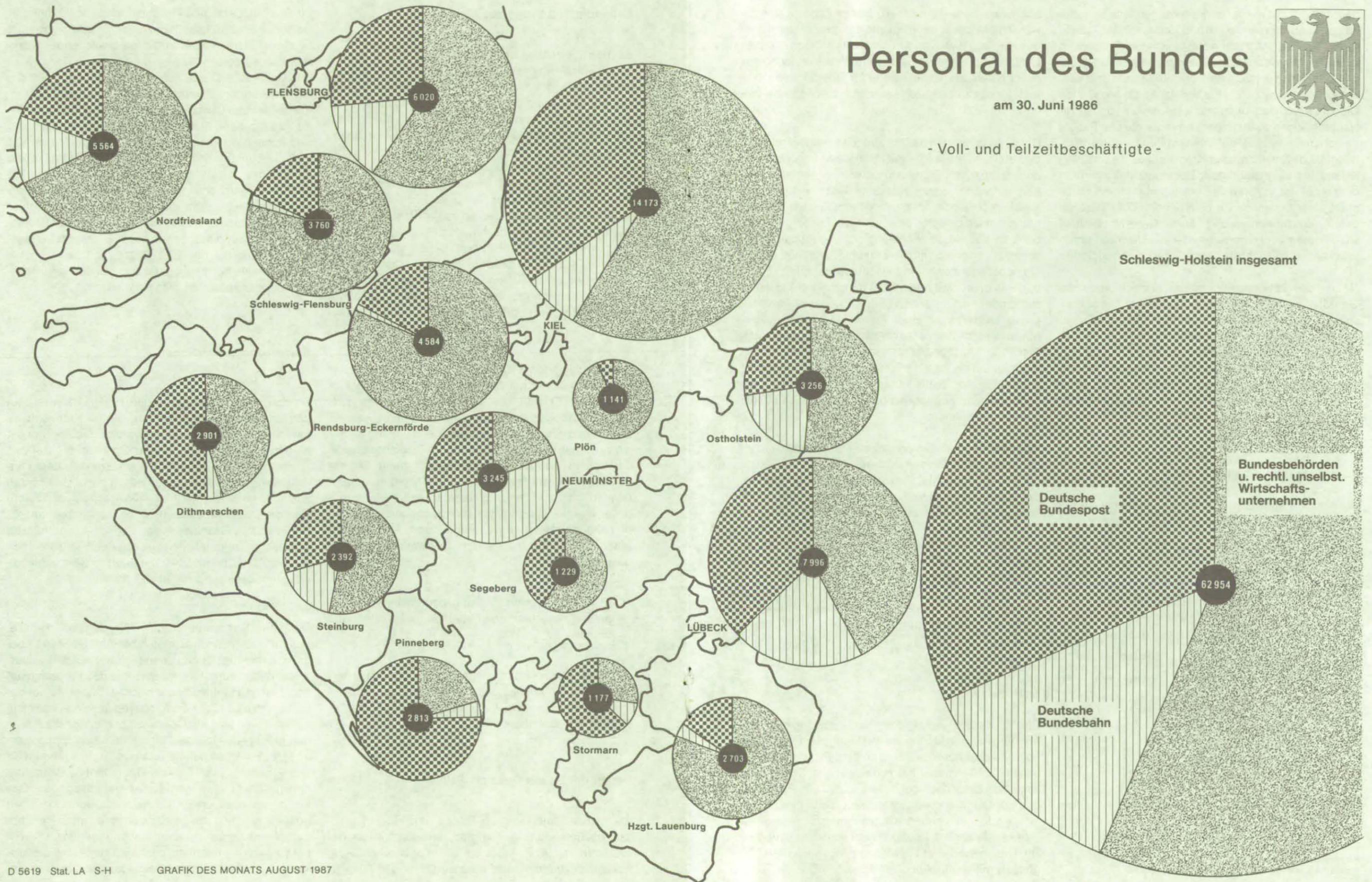
An den so gewonnenen neuen Datensätzen für Gesamtaufenthalte von Patienten, die im Krankenhaus zwischen Abteilungen verlegt worden sind, war nur ein Merkmal auffällig: die Zahl der Operationen. Bei den zusammengeführten neuen Datensätzen war deren Anzahl einige hundertmal unrealistisch hoch. Dies könnte zustande kommen, wenn das Krankenhaus den Nachweis der Operation als qualitatives Merkmal behandelt, wie etwa das Geschlecht des Patienten, und folglich in jedem einzelnen Datensatz über den Teilaufenthalt in einer Abteilung mitführt. Die Addition wäre unter solcher Voraussetzung natürlich unsinnig.

Die vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit 1985 eingeführte Tabelle L1 definiert eindeutig „Operationen (Anzahl)“. Dieser seinerzeit einzigen Vorgabe gemäß wurde das Programm im Statistischen Landesamt entwickelt. Dabei lag auf der Hand, daß diese Zahl wenig aussagen würde, weil nicht definiert war, was als Operation gilt; mindestens werden größte wie kleinste Eingriffe in einen Topf geworfen. Der Leitfaden nannte dann als „Hauptkriterium für ihre Angabe ..., daß sie (die Operation) ... stattgefunden hat“, und zwar wegen der Hauptdiagnose. Das klingt nach qualitativer Merkmalsauffassung. Der oben ausgesparte Text „im jeweils dokumentierten Behandlungszeitraum“ spricht aber wieder dagegen und eröffnet zugleich ein Dilemma; denn weil zugleich die zweite Version (Gesamtaufenthalt des Patienten im Kranken-

Personal des Bundes

am 30. Juni 1986

- Voll- und Teilzeitbeschäftigte -



haus) eingeführt wurde, ist der dokumentierte Behandlungszeitraum in Version 1 und Version 2 der Tabelle L1 ein anderer. Wenn der nichtverlegte Unfallpatient im Laufe einiger Wochen an seinen mehreren Verletzungen chirurgisch versorgt wird, entstünde nach dem Leitfaden eine 1, obwohl für jede Verletzung die betreffende Diagnose vorliegt, denn nur eine davon konnte zur Hauptdiagnose avancieren. Wenn der gleiche Patient zwischendurch, z. B. auf Intensivpflege, verlegt wird, hängt es davon ab, ob das Krankenhaus dies als Verlegung mit eigenständigem Datensatz dokumentiert oder nicht. Im ersteren Fall entstehen mehrere Sätze mit je einer Operation zur betreffenden Diagnose. Bei deren Zusammenfassung zum Gesamtaufenthalt würde man definitionsgemäße Nachweise unterdrücken, wenn man die Operationen nicht addierte.

Neben der Zählweise ist wahrscheinlich auch die Grunddefinition der Operation (Leitfaden: therapeutischer oder diagnostischer Eingriff im OP-Saal oder unter entsprechenden Bedingungen) noch nicht Allgemeingut aller Berichtsstellen oder sie reicht nicht aus. Wenn jedenfalls das Jahresmaterial 1986 allein bei den 1-Satz-Patienten 1500 Fälle mit 5 bis über 10 Operationen enthält, dann kann der Statistiker nur den starken Verdacht der Unrichtigkeit äußern, die Zahlen aber nicht

Zusammenführung 1986 in Zahlen

Die nachstehende Übersicht schlüsselt die bei der Zusammenführung des Materials von 1986 behandelten Fälle auf.

Abteilungsbegrenzte Fälle (Menge 1)	250 829	↔	100
davon			
Einzelfälle	224 036	↔	89 %
Mehrfachfälle	26 793	↔	11 %
Aus den Mehrfachfällen wurden ...			
Folgen gleicher Patienten-Nr. gebildet	11 056	↔	100
davon			
gesichert als „Patient im Krankenhaus“	10 583	↔	95,7 %
mit ungesicherter Identität	14	↔	0,1 %
mit gestörter Zeitfolge	459	↔	4,2 %

473 Folgen waren also zu bearbeiten, und → es entstanden:

aus den Folgen mit Identitätszweifeln			
gelöscht, weil 0-Tage und Dialyse	4	→	0
Identität herbeigeführt	5	→	5
Aufgetrennt in verschiedene Patienten	5	→	10
zus.			15

aus den Folgen mit Zeitfolgegestörung			
gelöscht, weil 0-Tage und Dialyse	61	→	0
Zusammenhängender Aufenthalt erzeugt	347	→	347
Aufgetrennt in mehrere Aufenthalte	51	→	103
zus.			450

Patientenzahl			
nach der Zusammenführung (Menge 2)	235 084		

abändern. Solange nicht ein klares Konzept der gewünschten Aussage vorliegt und darüber hinaus sichergestellt ist, daß vor Ort auch nur nach dessen Definitionen verfahren wird, muß man sich jedenfalls davor hüten, die Tabellenwerte für Operationen unkritisch für das zu halten, was man sich zufällig selbst darunter vorstellt.

Die weitaus meisten der Folgen, die einer Bearbeitung bedurften, waren solche mit Zeitfolgegestörung, die zu einem zusammenhängenden Aufenthalt gemacht wurden. Entweder waren hier zwei Nachweise für die gleichen Tage oder für einen kleinen Zeitabschnitt innerhalb eines größeren gesondert vorhanden gewesen, die sich aber in der Abteilung oder Diagnose unterschieden, oder man mußte vermuten, daß beim Datum ein naheliegender Irrtum unterlaufen war (z. B. 15 statt 05), was dann zwei Aufenthalte mit wenigen Tagen Abstand oder auch zwei sich überschneidende Perioden ergab. Letzteres auf einen Aufenthalt hin zu korrigieren ist unproblematischer als das erstere zu einem Aufenthalt zu machen, denn natürlich kann der Patient auch für einige Tage nach Hause entlassen gewesen sein und die Zeitlücke zu Recht bestehen. Die Abgangs- und Zugangsart geben hier jedoch ausreichende Hinweise.

1986 waren 11 % der originären Fälle solche, die zu zweien oder mehr zusammenzugehören schienen. Nach Bereinigung der Zweifelsfälle, welche 4,3 % dieser 11 % ausmachten, also nur 0,2 % sämtlicher Fälle, schrumpften die 11 % durch die Zusammenführung auf 4,4 % der Ausgangsmasse. Zu den 89,3 % originären Einzelfällen addiert, ergibt sich eine neue Fallmenge (Menge 2) von 93,7 % der Ausgangsmasse, welche nun Gesamtaufenthalte der Patienten im Krankenhaus darstellt. In diesem Berichtsjahr waren es 235 000 von den ursprünglich 250 000 Fällen. Unter ihnen sind 4,7 % durch Zusammenführung entstanden.

Ergebnisse

Die Menge 2 (Patienten krankenhausbefugten) stand nun für die Tabellierung zur Verfügung. Im folgenden soll zunächst nur eine der nach dem Programm möglichen Tabellen näher betrachtet werden. Sie ist nach einzelnen Diagnosen gegliedert, wobei aus Platzgründen auf Diagnosen verzichtet wird, die in einem Jahr in allen teilnehmenden Krankenhäusern zusammen seltener als zweimal je 10 000 Fälle vorgekommen sind. Die Grenze bedeutet bei Menge 1 im Jahre 1986 Diagnosen mit weniger als 50 Fällen.

Der Vergleich der Tabellen krankenhausesbezogen (K; aus Menge 2) mit derselben Tabelle abteilungsbezogen (A; aus der Ursprungsmenge) zeigt zunächst, daß die ausgewiesenen Diagnosen in beiden Fällen fast durchweg die gleichen sind. Die Tabelle K enthält 6 Diagnosen mehr, einfach deshalb, weil bei ihrer geringeren Gesamtfallzahl von 235 000 die absolute Abschneidegrenze von 50 auf 47 Fälle je Diagnose sinkt.

Das Wesentliche des Vergleichs sind die durchschnittlichen Verweildauern. Erste Erkenntnis ist: der Mittelwert für alle Diagnosen, der nach Tabelle A 11,8 Tage lautet, steigt in Tabelle K auf 12,6 Tage! Die Tendenz eines Anstiegs war nach Lage der Dinge zwar zu erwarten, doch die Deutlichkeit des Effekts dürfte manchen überraschen, der gewohnt ist, Verweildauer-Differenzen um einen halben Tag als Grundlage für Beurteilungen und Maßnahmen zu verwenden.

Die krankenhausesbezogenen Verweildauern sind vorläufig, weil diejenigen Patienten, die am Jahresbeginn im Krankenhaus lagen, in der Ursprungsmenge nur ab dem Zeitpunkt im alten Jahr enthalten sind, zu dem sie in die Abteilung kamen, wo sie den Jahreswechsel erlebten. Davorliegende zeitlich verbundene Aufenthalte desselben Patienten in einer anderen Abteilung sind nicht enthalten. Die durchschnittlichen Verweildauern je Krankenhaus würden, wenn man diese einbezöge, prinzipiell noch etwas höher werden, vermutlich nur selten um einen Zehntel Tag oder mehr.

Im folgenden soll der Verweildauervergleich auf drei verschiedene Weisen näher erschlossen werden. Die Tabelle K enthält 496 Diagnosen, die auch in Tabelle A stehen. Bei 96 von ihnen sind die Verweildauern in beiden Tabellen gleich, bei 283 Diagnosen war die Verweildauer in der K-Tabelle um weniger als einen Tag länger. Bei 4 Diagnosen war sie dagegen um weniger als einen Tag kürzer. Dieses scheinbar paradoxe Ergebnis kommt, wenn auch selten, zustande, wenn die genaue Untersuchung der für die Zusammenführung zweifelhaften Fälle zum Löschen eines irrtümlichen Doppelfalles führt. Wenn damit mehr Pflge tage ausfallen als durch die Zusammenführung der übrigen Datensätze je Patient hinzukommen, ist das Ergebnis in der K-Tabelle ausnahmsweise — 1986 um maximal 0,4 Tage — kleiner als in der A-Tabelle, in der es insoweit falsch war und so bleibt. Diese Fälle auch aus der Menge 1 nachträglich herauszulöschen und erneut zu tabellieren wäre nicht angemessen.

Unterschiede in der Verweildauer zwischen den Tabellen K und A

Wert K um ... Tage höher als Wert A	bei ... Diagnosen
0,1 - 0,9	283
1,0 - 1,9	68
2,0 - 2,9	21
3,0 - 3,9	12
4,0 - 4,9	4
5,0 - 5,9	8
Wert K geringer als Wert A	4
Keine Differenz	96
In beiden Tabellen enthaltene Diagnosen	496

Eine um 1 bis unter 2 Tage längere Verweildauer in der K-Tabelle fand sich bei 68 Diagnosen, und Differenzen von 2 und mehr Tagen gab es bei 45 Diagnosen. Angesichts der obengenannten Differenz für alle Diagnosen von 0,6 Tagen läßt sich der Aufstellung entnehmen, daß innerhalb der untersten Klasse die Fälle mit den geringsten Abweichungen, also zwischen 0,1 und 0,5 Tage, am häufigsten sein müssen.

Während diese erste Beschreibung rein quantitativ ist, soll die zweite das qualitative Element, hier also die Diagnosen, ins Spiel bringen. Die Frage lautet: Welche Abweichungen der durchschnittlichen Verweildauer zeigen sich bei den häufigsten Diagnosen? In die folgende Aufstellung wurden alle Diagnosen mit 1986 mehr als 2 350 Patienten einbezogen, das bedeutet mit mehr als 1 % aller Patienten. Sie wurden ihrer Häufigkeit nach angeordnet.

Verweildauerabweichungen bei den häufigsten Diagnosen

Diagnose	ICD	Patienten	Verweildauer	
			in der K-Tabelle	mehr als in der A-Tabelle Tage
Normale Entbindung	650	12 786	6,4	0
Chron. Mandelentzündung	474	6 952	4,4	0
Herzinsuffizienz	428	4 686	17,4	2,6
Herzinfarkt	410	4 556	20,7	5,2
Zuckerkrankheit	250	3 535	17,8	1,2
Brustkrebs der Frau	174	3 202	9,7	0,3
Leistenbruch	550	3 116	11,7	0,4
Akute Hirngefäßkrankheit	436	2 943	20,5	1,1
Herzrhythmusstörung	427	2 735	13,4	1,7
Chron. ischäm. Herzkrrh.	414	2 519	13,3	1,4
Gallensteinleiden	574	2 514	17,9	3,1
Akute Blinddarmentzündung	540	2 463	9,5	0,4
Bandscheibenleiden	722	2 432	18,0	0,9

Die beiden häufigsten Diagnosen mit zusammen 8,4 % sämtlicher Patienten weisen bezeichnenderweise keine verschiedene Verweildauer zwischen abteilungs- und krankenhausbezogener Zählweise auf. Hier sind interne Verlegungen extrem selten und die Patientenfälle folglich in Menge 1 und Menge 2 nahezu identisch. Die beiden folgenden Herzdiagnosen dagegen zeigen ebenso bezeichnenderweise erhebliche Verweildauerunterschiede. Hier sind interne Verlegungen zwischen Innerer Medizin, Intensivpflege und Chirurgie häufig. Nimmt man noch die weiter unten stehenden Gallensteinleiden hinzu, dann hat man unter den 13 häufigsten Diagnosen bereits 3 mit ganz gewichtigen Verweildauerdifferenzen. Die bisherigen Aussagen aufgrund des früheren abteilungsbezogenen Konzepts erscheinen nunmehr mit erheblichen Fehlern belastet, denn selbst weitere 4, zusammen also 7 der 13 häufigsten Diagnosen, sind bisher mit Verweildauern nachgewiesen worden, die um mehr als einen Tag niedriger sind, als einer sachgerechten Aussage über die Länge des Krankenhausaufenthalts von Patienten entspricht.

An letzter Stelle soll die Untersuchung die Frage beantworten, welches die Diagnosen sind, bei denen die größten Verweildauerdifferenzen zutage treten. In der folgenden Aufstellung sind die Diagnosen nach der Größe dieser Differenz geordnet.

Nur zweimal finden sich in dieser Aufstellung gleiche Diagnosen wie in der vorausgegangenen, nämlich der Herzinfarkt und das Gallensteinleiden. Der Auswahl Gesichtspunkt ist ja hier auch ein anderer, nämlich die hohe Verweildauerdifferenz von 3 bis 6 Tagen. Sie findet sich bei immerhin 24 Diagnosen mit zusammen über 8 % aller Patienten. Dieser hohe Anteil bedeutet keinen Widerspruch zu der eingangs getroffenen Feststellung, daß nur knapp 5 % der Patienten der Menge 2 aus mehreren Einzelfällen zusammengeführt wurden. Dies galt für die Gesamtzahl aller Patienten. Bei den einzelnen Diagnosen dürfte der Anteil der „zusammengeführten“ Patienten erheblich schwanken, vielleicht zwischen 0 und 50 %. Sicherlich ist er bei den in der obigen Aufstellung versammelten Diagnosen eher hoch. Es gilt zu vergegenwärtigen, daß es dennoch nur ein Teil der Patienten mit einer bestimmten Diagnose ist, dessen Verweildauer sich durch die richtige Zählung so stark verändert, daß der Durchschnittswert für sie und die „Ein-Fall-Patienten“ zusammen immer noch um 3 bis 6 Tage steigt. Das ist nur möglich, wenn die Verweildauer bei den verlegten Patienten um wenigstens das Doppelte bis Dreifache dieser Spanne stieg, als sie durch die Zusammenführung richtig gebildet wurde.

Es wird darauf verzichtet, im Text jetzt die Diagnosen einzeln zu nennen, die in der Aufstellung erscheinen. Die Namen wurden hier wie auch in der anderen Tabelle, vom Originaltext der ICD (hier: 9. Revision) abweichend, teilweise verdeutscht und vereinfacht.

Das Merkmal „Zahl der Patienten“ sollte nur zurückhaltend zur Bewertung der anderen Aussagen herangezogen werden. Bei einer inhomogenen Systematik wie der ICD, die zur Abgrenzung Gesichtspunkte der Anatomie, der Pathologie, der Ätiologie und andere anwendet, unterliegt die Abgrenzung der einzelnen Ausprägungen noch weit mehr als ohnehin bei jeder Systematik der Willkür. Je nach Trennung oder nicht, also Anwendung eines möglichen Unterscheidungskriteriums oder nicht, wechseln natürlich die Mengen der danach gezählten Fälle. Zu diesen Fallzahlen sei erläutert, daß es sich hier um eine freiwillige Landesstatistik handelt, deren Beteiligung zur Zeit bei zwei Dritteln aller Betten in Akutkrankenhäusern des Landes liegt.

Diagnosen mit 3 oder mehr Tagen Verweildauerdifferenz

Diagnose	ICD	Patienten	Verweildauer	
			in der K-Tabelle	mehr als in der A-Tabelle Tage
Oberschenkelhalsbruch	820	1 574	34,1	5,9
Gelenkrankheiten	719	523	26,8	5,9
Bauchkrebs, a.n.g.*	159	67	17,6	5,9
Bauchfellentzündung	567	66	19,6	5,9
Gallenkrebs	156	95	25,4	5,6
Dickdarmkrebs	153	1 124	20,1	5,5
Periphere Gefäßkrankh.	443	613	24,9	5,3
Herzinfarkt	410	4 556	20,7	5,2
Magenkrebs	151	765	19,0	4,8
Enddarmkrebs	154	742	20,0	4,8
Oberschenkelbruch (o.820)	821	988	34,0	4,6
Krankh. des Gallensystems	576	568	18,6	4,6
Bauchspeicheldrüsenkrankh.	577	985	21,6	3,9
Krh. d. Magens u. Duodenum	537	135	15,7	3,9
Blutvergiftung	038	103	19,5	3,9
Gallenblasenkrankheiten	575	396	18,7	3,7
Arterielle Verschlüßkrh.	444	636	19,5	3,5
Chron. Herzkranzgefäßkrh.	416	137	16,5	3,2
Gastrojejunalgeschwür	534	57	13,8	3,2
Gallensteinleiden	574	2 514	17,9	3,1
Leberabszeß	572	50	16,4	3,1
Magengeschwür	531	1 096	18,2	3,0
Akute Herz-Lungen-Krh.	415	628	20,2	3,0
Darmgefäßkrankheiten	557	56	15,0	3,0
Zusammen		8 474		

*) anderweitig nicht genannt

Die bisher vorgestellten Ergebnisse bezogen sich immer auf alle teilnehmenden Krankenhäuser und waren hinsichtlich der Diagnose differenziert. Zum Abschluß soll einmal kurz nach Krankenhäusern differenziert werden, wobei die Unterscheidung nach Diagnosen aufgegeben wird. Eine Kombination beider Gliederungsmerkmale, so interessant sie wäre, sprengt den Rahmen dieses Aufsatzes.

Von den 43 teilnehmenden Krankenhäusern (darunter 12 Kliniken der Universität Kiel) waren 18 ohne interne Verlegungen oder mit sehr wenigen (darunter alle Uni-Kliniken). Bei den übrigen 25 Krankenhäusern schwankte der Anteil der verlegten Patienten stark. Er wird im folgenden in der Form einer Quote ausgedrückt, die leicht vorzustellen ist: Um wieviel Prozent schrumpft die Menge 1, wenn aus ihr durch Zusammenführung der mehrfach in ihr enthaltenen Patienten die Menge 2 entsteht? Für alle Krankenhäuser beträgt die Schrumpfquote 6,3 % (von 250 000 auf 235 000). Von 31 allgemeinen Krankenhäusern (ohne Uni-Kliniken) hatten 4 überhaupt keine internen Verlegungen, 2 sehr wenige (Schrumpfquote unter 1 %) und 25 eine Schrumpfquote zwischen 1,3 und 19,3 %. Würde man jetzt weiter nach Abteilungen und Diagnosen untergliedern, dann würden die maximalen Schrumpfquoten mit jeder Differenzierungsstufe höher werden. So steigt z. B. die Schrumpfquote des Krankenhauses mit der insgesamt höchsten Quote von 19,3 bereits auf 34,2 %, wenn man dort lediglich die Patienten mit Herz-/Kreislaufdiagnosen betrachtet, eine Gruppe von beinahe 70 einzelnen Diagnosen.

Wirkung der Zusammenführung auf der Krankenhausebene

Krankenhaus-Nr.	Schrumpfquote in %	Verweildaueranstieg in %	Krankenhaus-Nr.	Schrumpfquote in %	Verweildaueranstieg in %
1	1,3	1,4	14	9,8	10,6
2	2,9	4,0	15	10,0	10,3
3	3,0	3,3	16	10,2	11,2
4	3,2	2,7	17	10,8	12,7
5	4,5	4,1	18	11,6	13,8
6	4,5	4,8	19	12,0	13,7
7	5,2	5,3	20	12,3	13,9
8	5,7	6,1	21	13,7	15,7
9	6,1	6,4	22	13,9	16,3
10	6,8	7,4	23	14,7	16,8
11	7,0	7,6	24	16,0	19,4
12	7,2	8,0	25	19,3	24,2
13	8,9	10,0			
			Insg.	6,3	6,8

In der vorstehenden Tabelle sind die Krankenhäuser in der Reihenfolge ihrer Schrumpfquote aufgeführt. Die zweite Spalte stellt das eigentlich Interessante neben

diese Quote, nämlich die Aussage, um wieviel Prozent die krankenhausbezogene Verweildauer sich höher errechnet als die abteilungsbezogene. Beide Größen steigen nahezu ausnahmslos gleichsinnig. Die Rangreihenkorrelation ist mit $r = 0,99$ entsprechend perfekt. Ein Zufall will es, daß die Zahlen auch in ihrem numerischen Wert einander sehr ähnlich sind. Aus diesem Zufall läßt sich jedoch eine praktische Faustregel ableiten: Wenn die zu verarbeitende Fallzahl durch Zusammenführen auf den Krankenhausbezug um x Prozent sinkt, steigt die entsprechend berechnete mittlere Verweildauer ebenfalls um mindestens x Prozent.

Natürlich sind auch die prozentualen Verweildaueranstiege für sich genommen bemerkenswert. Oben waren ja als erstes Ergebnis die absoluten Verweildaueranstiege bei einzelnen Diagnosen, aber für die Summe aller Krankenhäuser, dargestellt worden. 5,9 Tage mehr bedeuten dabei je nach Diagnose zwischen 21 % und 43 % Zuwachs an Verweildauertagen. In der prozentualen Betrachtung kann diese erste flüchtige Untersuchung nun mit der Aussage beendet werden, daß bei 13 von 31 Krankenhäusern die Verweildauer bei richtiger Berechnung um 10 oder mehr Prozent höher als bei herkömmlicher Berechnung liegt, bei 12 Krankenhäusern um 1 bis unter 10 % höher und bei 6 Krankenhäusern nicht nennenswert anders.

Ausblick

Ohne Zweifel stellt die hier vorgestellte Aufbereitungsweise der Daten von Krankenhauspatienten einen erheblichen Gewinn gegenüber dem bisher Verfügbaren dar. Dennoch zeichnet sich eine notwendige weitere Stufe bereits ab. Es wurde eingangs ausgeführt, daß und warum Ergebnisse in krankenhausbezogener Zählweise nicht nach der Abteilung gegliedert sein können. Es liegt aber klar auf der Hand, daß Abteilungsergebnisse, von der verkürzten Verweildauer abgesehen, erheblich zutreffender und verwendbarer sind als ein Ergebnis für das ganze Krankenhaus, das die Strukturen verwischt und den Vergleich mit Ergebnissen für ganze andere Krankenhäuser deshalb stört oder wertlos macht. Zum anderen schmerzt es, in der Aufbereitung auf eine Information zu verzichten, die bei 95 % der Menge vorhanden ist.

Der weitere Weg ist erkennbar. Es gilt, auch bei den restlichen 5 % noch überall da, wo es sachgerecht möglich ist, die zutreffende Abteilung zu bestimmen. Dies sollte wohl bei mindestens 8 von 10 zusammen-

geführten Fällen gelingen, so daß lediglich maximal 1 % aller Patienten von einer Tabellierung ausgeschlossen bleiben müßten, die sowohl nach Fachbereichen gegliedert ist als auch die Krankenhaus-Gesamtaufenthalte der Patienten abbildet. Das letzte Prozent aller Fälle müßte dann eigens und unter Verzicht auf die Fachbereichsgliederung tabelliert werden.

Es wurde eben bewußt von „Fachbereichen“ statt von „Abteilungen“ gesprochen, weil damit das Plädoyer verbunden ist, in der Definition von „Abteilung“ auf das Merkmal „verantwortliche Leitung durch einen (Chef-) Arzt des betreffenden Gebiets“ zu verzichten. Die Fachbereiche, die solche Weihe nicht erreichen, sind Stationen (mit einem Oberarzt des betreffenden Gebiets oder einem Assistenzarzt) oder Belegstationen (das Krankenhaus übernimmt nur die Pflege, ein niedergelassener Arzt die Behandlung). Für Erkenntnisse in Verbindung mit der Diagnose des Krankenhauspatienten spielt der wissenschaftliche, organisatorische oder gesellschaftliche Status des behandelnden Arztes keine erhellende Rolle. Dagegen ist die Differenzierung nach Organ- und Krankheitsgruppen, die sich in den Krankenhäusern herausgebildet hat, höchst sinnvoll.

Die Krankenhäuser differenzieren ihre Fälle nach Kostenstellen, denn diese Aufzeichnungen dienen primär dem Rechnungswesen. Codes im Datensatz beim Merkmal „Abteilung“, die anders lauten als die zugelassenen Statusabteilungen, müssen vom Statistiker in den Code für eine Restgruppe umgesetzt werden. Jede Verlegung eines Patienten zwischen dem Kernbereich einer Abteilung und einer statuslosen Station führt also zu mehreren Datensätzen mit abweichendem Abteilungscode, wobei immer der unspezifische Code der

Restgruppe beteiligt ist, der übrigens auch — und insoweit sinnvoll — die Intensivpflegestation benennt, die interdisziplinär, also mit Patienten aus allen Bereichen des Krankenhauses, belegt wird. In diesen Fällen, wo nur ein Fachbereich und die Restgruppe (= Intensivpflege) beteiligt sind, kann der Gesamtaufenthalt völlig zutreffend dem einen Fachbereich zugeordnet werden. Aber auch, wenn die zusammengeführten Fälle des einen Patienten verschiedene Fachbereichs-Codes tragen, ist oft eine sinnvolle Bestimmung möglich.

Wenn es sich bei den Fachbereichen um gewisse Kombinationen handelt, wie etwa Chirurgie mit Augenheilkunde/HNO/Neurochirurgie/Orthopädie/Urologie/Zahn- und Kieferheilkunde, könnte der zusammengeführte Fall sowohl dem allgemeinen Bereich Chirurgie als auch dem spezifischen Bereich zugewiesen werden, unter Umständen auch nach Maßgabe der jeweiligen Teil-Verweildauer oder der Reihenfolge oder beider Umstände. Eine ähnliche Verwandtschaft besteht zwischen Geburtshilfe und Gynäkologie/Kinderkrankheiten, zwischen Innerer Medizin und Infektionskrankheiten/Radiologie (diese auch zur Chirurgie) sowie zwischen Neurologie und Psychiatrie. Natürlich müssen für die Zuordnungsentscheidungen auch die Diagnose, das Alter, eventuell das Geschlecht und, wie schon gesagt, die jeweiligen Verweildauern mit herangezogen werden. Der erforderliche Arbeitsaufwand müßte sich durch weitere Vorgaben zur maschinellen Entscheidung noch vermindern lassen, wenn Untersuchungen des Materials die Kenntnisse darüber vermehrt haben.

Arnold Heinemann

Kurzberichte

Einbürgerungen 1986

1986 bürgerten die Behörden in Schleswig-Holstein 545 Personen auf deren Antrag ein. Dies ist die bisher größte Zahl nach 1983, als 588 Personen durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten. 1985 wurden 460 Personen eingebürgert. Die Zunahme gegenüber 1985 ist wesentlich dadurch zu erklären, daß allein 61 frühere polnische Staatsangehörige mehr

zu Bundesbürgern wurden. Am 31. Dezember 1986 waren nach dem beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregister 87 095 Ausländer im nördlichsten Bundesland gemeldet. Der Anteil der Eingebürgerten bezogen auf die hier lebenden Ausländer betrug damit 0,6 %. Im Bundesgebiet wurden 1985 insgesamt 34 913 Personen eingebürgert (für 1986 liegt noch keine Zahl vor). Bezogen auf 4 378 900 Ausländer, die am 31. Dezember 1985 in der Bundesrepublik gezählt wurden, betrug der Anteil der Eingebürgerten 0,8 %.

261 der 1986 in Schleswig-Holstein Eingebürgerten, also 48 %, waren Frauen und Mädchen. 188 Personen wurden eingebürgert, weil sie einen Rechtsanspruch darauf hatten. In 357 Fällen entschieden die Behörden nach pflichtgemäßem Ermessen.

Von allen Eingebürgerten waren 209 oder 38 % Männer, 212 (39 %) Frauen und 124 (23 %) Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. 207 aller eingebürgerten Männer waren zwischen 18 und 64 Jahre alt, zwei waren älter. 206 der eingebürgerten Frauen waren zwischen 18 und 64 Jahre alt, sechs von ihnen waren älter.

Einbürgerungen nach ihrer Art sowie nach Alter, Geschlecht und früherer Staatsangehörigkeit der Eingebürgerten

	1985		1986	
	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Einbürgerungen insgesamt	460	232	545	284
davon				
Anspruchseinbürgerungen	132	70	188	97
Ermessenseinbürgerungen	328	162	357	187
Eingebürgerte nach dem Alter				
unter 18 Jahre	118	69	124	75
18 - 65 Jahre	331	155	413	207
65 Jahre und älter	11	8	8	2
Eingebürgerte nach früherer Staatsangehörigkeit				
polnisch	105	51	166	79
österreichisch	30	14	35	17
jugoslawisch	45	22	25	11
türkisch	28	15	23	15
übrige	252	130	296	162

349 Personen besaßen vor ihrer Einbürgerung die Staatsangehörigkeit eines europäischen Staates. Darunter bildeten 166 ehemalige polnische Staatsangehörige die größte Gruppe, gefolgt von 35 früheren Österreichern und 25 ehemals jugoslawischen Staatsbürgern. 160 Personen besaßen vor ihrer Einbürgerung die Staatsangehörigkeit eines nichteuropäischen Staates. Von ihnen waren allein 122 Asiaten.

Zum Vergleich: Die meisten der in Schleswig-Holstein 1986 gemeldeten Ausländer waren Türken, nämlich 31 175. An zweiter und dritter Stelle folgten 5 129 Dänen und 4 994 Jugoslawen. 63 110 aller Ausländer lebten schon 6 Jahre und länger in der Bundesrepublik.

Von den 357 nach Ermessensentscheidung Eingebürgerten hielten sich 23 Personen weniger als 6 Jahre in Deutschland auf, unter ihnen 14 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Bei 104 (31) Eingebürgerten be-

trug die Aufenthaltsdauer zwischen 6 und 10 Jahren. 155 (29) lebten mindestens 11, jedoch höchstens 20 Jahre in der Bundesrepublik; 66 der Eingebürgerten waren bereits 21 und mehr Jahre hier ansässig. Nach den für Ermessenseinbürgerungen geltenden Richtlinien ist — neben weiteren Bedingungen — ein Aufenthalt von 10 Jahren — für deutsch-verheiratete Ausländer: von 5 Jahren — eine der Voraussetzungen für die Einbürgerung.

Von den 357 im Ermessensweg Eingebürgerten waren 156 mit einem deutschen Ehegatten verheiratet, und zwar 76 Männer und 80 Frauen. Unter diesen 156 Personen waren 68 mit einer früheren europäischen Staatsangehörigkeit, 11 Jugoslawen bildeten hier die größte Gruppe. Von den früheren Nichteuropäern hatten die Pakistaner in 12 Fällen und damit am häufigsten einen deutschen Ehegatten.

Von allen Kreisen und kreisfreien Städten beherbergten Kiel und Lübeck die meisten derjenigen, die 1986 ihre Einbürgerungsurkunde erhielten, nämlich 101 und 82 Personen.

Klaus Richter

Anbau auf dem Ackerland 1987

Im Frühjahr 1987 wurde die Nutzung des Ackerlandes nach Pflanzenarten und -gruppen gemäß einem vierjährigen Turnus wieder durch eine allgemeine Erhebung ermittelt. Befragt wurden alle Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche, die ganz oder teilweise land- und forstwirtschaftlich genutzt wird, sowie andere Betriebe mit bestimmten pflanzlichen oder tierischen Mindesterzeugungseinheiten und besonderen Anbauflächen.

Nach den vorläufigen Ergebnissen wurden in Schleswig-Holstein auf einer gegenüber dem Vorjahr nur leicht auf 593 000 ha eingeschränkten Ackerfläche 346 000 ha Getreide, 108 000 ha Ölfrüchte, 26 000 ha Hackfrüchte, 9 000 ha Hülsenfrüchte, 5 000 ha Gemüse und 95 000 ha Ackerfutterpflanzen angebaut.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Anbau von Getreide um mehr als 20 000 ha oder 6 % eingeschränkt. Damit hat die Getreidefläche seit ihrem Höchststand

vor 12 Jahren mit 434 000 ha um nahezu 100 000 ha oder ein Fünftel ihrer damaligen Fläche abgenommen. Während sich der Anbau von Winterweizen (151 000 ha) und Roggen (47 000 ha) in Jahresfrist nur unwesentlich veränderte, nahmen die Flächen mit Wintergerste um 6 % auf 110 000 ha und die mit Sommergetreide bestellten Flächen sogar um ein Viertel auf 38 000 ha ab, darunter waren 18 000 ha Hafer, 17 000 ha Sommergerste und 2 000 ha Sommerweizen. Wie im Vorjahr wurden auf einer Fläche von 200 000 ha Brotgetreidearten (Weizen, Roggen) angebaut, während die Fläche mit Futtergetreidearten (Gerste, Hafer) um 11 % auf 146 000 ha zurückging. Der Anteil der Halmfrüchte an der Ackerfläche, der 1975 mit 68 % seinen höchsten Wert erreicht hatte, nahm auf nur noch 58 % ab. Da die Produktionsüberschüsse an Getreide innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahrzehnt stark anstiegen, wurden die Erzeugerpreise für Getreide erheblich gesenkt. Bei einem dadurch bedingt insgesamt rückläufigen Getreideanbau blieb der Anbauumfang der ertragsstärksten und zugleich preislich am höchsten bewerteten Getreideart, von Winterweizen, weitgehend unverändert, sein Anbauanteil an allen Getreidearten erhöhte sich auf nunmehr 44 %.

Nach einer Stagnation in den vorhergehenden vier Jahren wurde der Ölfruchtanbau — überwiegend Winteraps — in Jahresfrist um 17 000 ha oder ein Fünftel ausgeweitet. Als weitere Anbaualternative zum Getreide hat sich der Anbau von Hülsenfrüchten — vor allem Futtererbsen — im dritten Jahr nacheinander verdoppelt. Durch die Gewährung von Beihilfen wurde die relative Vorzüglichkeit des Öl- und Hülsenfruchtanbaus so stark gefördert, daß sich ihr Anteil an der Ackerfläche auf 20 % erhöht hat.

Entsprechend der langjährigen Entwicklung ging die Fläche mit Hackfrüchten in Jahresfrist um 7 % weiter zurück und hat nur noch etwa den halben Umfang wie

vor 10 Jahren. Dabei verringerte sich die Kartoffelanbaufläche gegenüber dem Vorjahr um 4 % auf erstmals weniger als 4 000 ha. Die Fläche mit Zuckerrüben nahm um 8 % auf 16 000 ha und die mit Futterhackfrüchten auf 6 000 ha ab. Auch die Gemüseanbaufläche war um 7 % auf 5 500 ha, darunter 4 600 ha Feldgemüse, rückläufig. Am Anbau auf dem Ackerland hatten die Hackfrüchte und das Gemüse einen Anteil von nur noch 5 %. Unbefriedigende Erzeugerpreise für Kartoffeln und Kohl — der in Schleswig-Holstein dominierenden Feldgemüseart —, ein anhaltend schwieriger Zuckerabsatz auf dem Weltmarkt und eine im Vergleich zu den Rauhfutterflächen wesentlich höhere Arbeitsintensität bei den Futterhackfrüchten sind die Hauptursachen für diese Flächenentwicklung.

Nach einer leichten Zunahme im Vorjahr ging der Anbau von Futterpflanzen auf dem Ackerland — als Folge der seit April 1987 verstärkten Drosselung der Milchzeugung im Rahmen der Milchgarantiemengenregelung — im Berichtsjahr wieder um 2 % zurück. Während die Rauhfutterfläche (Klee, Klee gras, Feld gras) um 3 % auf 39 000 ha weiter deutlich abnahm, stagnierte die Silomaisausaatfläche auf dem vorjährigen Stand von 56 000 ha. Da sich die Maisbestände aufgrund der extrem kühlen Witterung und der häufig übermäßigen Böden in den Frühjahrsmonaten ungünstig entwickelten und daher vereinzelt nach dem Erhebungstermin (Ende April) umgebrochen wurden, wird die diesjährige Erntefläche an Silomais jedoch geringer als 1986 sein.

Futterflächen und Futterhackfrüchte hatten mit zusammen nur noch 102 000 ha einen Anteil an der Ackerfläche von 17 %, während auf die Marktfrüchte eine Fläche von unverändert 491 000 ha entfiel.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang . Heft 8 . August 1987

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985		1986		1986		1987		
		Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	2 613	2 613	2 613	2 613	2 612
NATURLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 303	846	2 331	1 788	941	1 310
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	6,0	3,9	10,5	8,3	4,2	6,1
*Lebendgeborene	Anzahl	1 925	2 058	2 185	2 080	2 025	2 208	2 114
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,5	10,2	9,4	9,4	9,9	9,8
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 611	2 582	2 722	2 597	2 465	2 815	2 584
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	11,9	12,7	11,7	11,5	12,7	12,0
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	16	18	15	13	11	22
je 1 000 Lebendgeborene		8,3	7,8	8,2	7,2	6,4	5,0	10,4
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 686	- 524	- 537	- 517	- 440	- 607	- 470
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,1	- 2,4	- 2,5	- 2,3	- 2,0	- 2,7	- 2,2
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 461	5 195	5 206	4 457	4 595	6 863
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 746	4 795	4 673	3 835	4 403	6 721
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 715	+ 400	+ 533	+ 622	+ 192	+ 142
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 057	9 548	9 353	7 893	8 652	12 770
Wanderungsfälle	Anzahl	20 265	19 538	19 232	16 185	17 650	26 354
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	118	114	116	107	106	125	110	102	105
darunter *Männer	1 000	69	65	67	61	59	76	65	59	59
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	11,8	10,6	12,9	7,1	4,6	18,9	12,5	7,1	4,7
darunter Männer	1 000	10,3	9,4	11,8	6,3	4,1	17,4	11,4	6,2	3,9
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,9	4,3	4,6	4,8	5,0	6,2	6,1	6,4	6,4
LANDWIRTSCHAFT										
VIHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 592 ^a	1 540 ^a	.	.	1 594	.	.	.	1 547
darunter *Milchkühe	1 000	526 ^a	514 ^a	.	.	490	.	.	.	465
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 743 ^a	1 718 ^a	1 779	.	.	.	1 720	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	193 ^a	191 ^a	194	.	.	.	185	.	.
darunter *trächtig	1 000	129 ^a	129 ^a	129	.	.	.	122	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	48	49	37	35	49	37	38	37
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	232	227	242	230	229	222	202	197	218
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	3	3	3	2	2	3	2	2	2
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,8	32,6	34,2	29,4	28,9	32,2	27,1	27,3	28,7
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	14,0	14,1	10,4	10,2	14,1	10,3	10,8	10,6
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,7	18,4	19,8	18,8	18,4	17,9	16,5	16,2	17,8
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	266	292	290	286	291	290	283	289	291
Kälber	kg	115	117	128	112	116	113	110	126	125
Schweine	kg	82	82	83	82	81	82	82	83	82
GEFLOGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	151	122
*für Legehennenküken	1 000	2	1
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	274	120
*MILCHERZEUGUNG										
1 000 t		217	218	251	265	249	p 217	p 231	255	226
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	95	97	98	98	p 93	p 97	98	98
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,8	16,1	16,4	15,9	p 13,6	p 15,0	16,0	14,7

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985		1986		1986		1987		
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	166	167	166	166	167	163	163	163	164
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	114	114	114	115	r 111	111	111	112
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 970	15 705	16 751	15 600	15 421	r 15 779	r 15 479	r 15 472	15 257
*Lohnsumme	Mill. DM	319,1	328,7	324,7	327,6	341,2	r 296,9	r 326,6	r 322,4	338,7
*Gehaltssumme	Mill. DM	216,4	229,1	220,8	226,8	244,8	r 222,5	r 227,7	r 242,1	252,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 733	1 698	1 682	1 553	1 511	1 828	1 655	1 537	1 591
aus dem Inland	Mill. DM	1 155	1 123	1 160	1 088	1 050	1 194	1 109	1 053	1 077
aus dem Ausland	Mill. DM	578	575	522	465	461	634	546	484	514
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 046	3 054	3 215	3 156	3 061	r 2 987	r 2 979	r 2 984	3 067
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 390	2 399	2 575	2 578	2 375	r 2 265	r 2 360	r 2 262	2 317
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	656	640	579	687	722	620	722	750
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	17	15
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	38,6	34,8
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	72	51
*leichtes Heizöl	1 000 t	8	10
*schweres Heizöl	1 000 t	63	42
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	240	242	239	252	228	250	263	247	238
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	25	26	22	23	24	24	24	27	26
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	104,7	104,5	111,7	109,1	r 104,9
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 345	39 903	39 975	40 756	41 318	35 095	37 963	39 081	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 231	4 271	5 196	4 771	5 075	2 209	4 367	4 521	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	1 606	1 587	1 910	1 761	1 888	821	1 421	1 515	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	946	941	1 159	1 030	1 063	636	1 069	1 098	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 581	1 629	1 994	1 879	1 991	717	1 815	1 821	...
*Lohnsumme	Mill. DM	86,2	87,1	92,4	97,7	96,9	43,4	86,1	91,8	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	18,3	17,8	16,9	17,4	18,7	15,9	16,5	16,9	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	319,2	370,0	290,3	333,6	394,9	145,9	237,1	305,0	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	196,4	210,9	275,4	232,4	285,2	234,8	251,3	233,0	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 486	7 068	7 174	6 912	7 011	6 753	6 786	6 881	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	880	842	828	815	834	816	819	799	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	18,5	17,9	19,8	17,2	18,5	16,5	17,1	17,5	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,1	52,6	90,7	45,2	51,7	42,5	41,4	50,0	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 732	1 875	1 986	1 478	964	2 785
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	891	909	928	825	728	1 039
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,7	97,6	.	.	97,0	93,4
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	130,9	136,8	.	.	137,5	103,9

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987			
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	459	486	523	631	571	425	431	561	628
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	384	425	433	547	509	376	403	510	578
*2 Wohnungen	Anzahl	51	47	74	69	47	30	22	32	37
*Rauminhalt	1 000 m³	346	345	402	439	383	325	293	392	428
*Wohnfläche	1 000 m²	63	62	71	80	70	57	51	68	76
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	114	97	80	135	96	76	123	117	142
*Rauminhalt	1 000 m³	424	400	245	428	433	217	647	380	537
*Nutzfläche	1 000 m²	72	64	40	70	66	42	113	65	87
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	786	727	852	891	800	695	531	756	815
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	836,1	797,9	835,4	739,1	737,5	868,8	813,3	830,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,8	130,7	148,2	132,5	122,7	150,0	171,4	162,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	706,3	667,2	687,2	606,7	614,8	718,8	641,9	667,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	17,3	14,8	16,0	13,5	15,4	16,8	15,0	14,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	69,0	47,5	62,9	39,4	50,8	46,7	46,1	56,1	...
*Fertigwaren	Mill. DM	620,0	604,9	608,3	553,8	548,7	655,3	580,9	597,1	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	94,9	87,3	99,2	86,5	95,2	99,2	96,4	103,5	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	525,2	517,6	509,2	467,2	453,5	556,1	484,5	493,6	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	386,5	398,0	449,2	399,9	388,1	419,6	437,3	408,3	...
darunter										
Niederlande	Mill. DM	87,5	78,5	83,4	89,6	67,7	82,8	83,6	75,2	...
Dänemark	Mill. DM	78,2	73,1	84,6	70,3	71,1	74,9	78,8	77,9	...
Frankreich	Mill. DM	68,9	72,0	80,5	73,0	73,5	77,9	75,8	65,4	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	60,8	66,0	70,2	63,1	69,8	61,5	69,3	79,9	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	.	100	r 103,2	r 104,0	97,4	98,3	106,9
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	.	100	r 91,1	r 117,3	117,9
FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	245	258	227	364	387	p 138	p 249
darunter *von Auslandsgästen	1 000	27	32	32	36	45	p 19	p 31
*Übernachtungen	1 000	1 360	1 423	957	1 722	2 133	p 529	p 1 199
darunter *von Auslandsgästen	1 000	49	58	59	69	84	p 41	p 60
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 263	...	1 373	1 388	1 352
Güterversand	1 000 t	739	...	806	789	726
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	128	135	154	116	120	112	114	95	...
*Güterversand	1 000 t	142	159	177	163	159	142	157	154	...
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE	Anzahl	8 604	10 184	13 141	10 869	10 353	12 956	14 160
darunter Krafträder										
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	261	216	579	455	333	604	849
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 732	9 316	11 702	9 701	9 244	11 524	12 347
*Lastkraftwagen										
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	351	382	498	419	408	451	533
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 356	1 396	1 178	1 628	1 742	978	1 218	p 1 502	p 1 453
*Getötete Personen	Anzahl	31	31	24	42	31	31	32	p 32	p 31
*Verletzte Personen	Anzahl	1 726	1 799	1 481	2 091	2 297	1 248	1 547	p 1 934	p 1 959

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987				
				Monats- durchschnittl)	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	70 876	73 724	72 582	73 112	73 295	74 008	74 278	74 686	75 336	
darunter											
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	69 135	72 255	71 002	71 530	71 737	72 456	72 795	73 255	73 876	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 817	9 721	10 288	10 654	10 693	9 443	9 251	9 157	9 493	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 594	9 384	10 031	10 235	10 291	9 283	9 012	9 064	9 275	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	223	337	257	419	402	161	239	92	218	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 082	5 384	5 775	5 662	5 578	4 665	4 777	4 700	4 660	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 587	4 077	4 432	4 424	4 392	3 910	4 043	4 001	3 946	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 495	1 308	1 343	1 238	1 185	754	735	699	714	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	53 236	57 149	54 938	55 213	55 466	58 347	58 766	59 398	59 723	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	39 954	43 173	41 252	41 429	41 779	43 468	43 673	43 839	44 067	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 282	13 977	13 676	13 784	13 687	14 879	15 093	15 559	15 656	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	45 182	50 691	46 977	47 229	47 420	51 228	51 348	51 720	51 816	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	28 203	31 571	29 111	29 220	29 384	31 901	32 021	32 382	32 429	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	21 686	24 780	22 467	22 530	22 772	24 851	24 903	25 176	25 429	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 518	6 791	6 643	6 689	6 612	7 050	7 118	7 207	7 000	
*Spareinlagen	Mill. DM	16 978	19 120	17 866	18 009	18 036	19 328	19 327	19 338	19 387	
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldschreibungen)	Mill. DM	12 894	13 759	13 090	13 129	13 145	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	1 039	1 088	1 155	928	848	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	980	975	1 091	785	821	
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	73	56	78	80	60	106	85	66	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	330	281	303	339	282	242	
*Wechselsumme	Mill. DM	2,6	1,9	3,0	1,6	1,7	2,3	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt			2.Vj.86	1.Vj.87	2.Vj.87			
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 408,5	2 564,8	.	.	2 234,8	2 640,7	.	.	.	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 748,4	1 827,3	.	.	1 578,4	1 718,3	.	.	.	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 296,5	1 323,8	.	.	1 186,5	1 257,4	.	.	.	
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,6	249,6	.	.	156,4	225,0	.	.	.	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	26,8	29,8	.	.	29,0	34,4	.	.	.	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,5	224,2	.	.	206,7	201,6	.	.	.	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	660,1	737,4	.	.	656,3	922,4	.	.	.	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	366,4	438,7	.	.	349,9	635,9	.	.	.	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	293,7	298,8	.	.	306,4	286,5	.	.	.	
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,1	.	.	127,6	143,2	.	.	.	
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	.	0,0	0,0	.	.	.	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	116,6	120,0	.	.	115,9	114,6	.	.	.	
*Landessteuern	Mill. DM	165,9	187,3	.	.	210,0	183,1	.	.	.	
*Vermögensteuer	Mill. DM	26,3	25,8	.	.	25,3	26,5	.	.	.	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,1	90,5	.	.	107,8	87,5	.	.	.	
*Biersteuer	Mill. DM	6,4	7,1	.	.	9,2	5,5	.	.	.	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	274,9	278,3	.	.	257,5	256,1	.	.	.	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,7	7,6	.	.	7,4	7,7	.	.	.	
*Grundsteuer B	Mill. DM	63,7	67,5	.	.	59,9	66,9	.	.	.	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	194,0	193,5	.	.	180,4	171,8	.	.	.	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 247,5	1 330,4	.	.	1 173,5	1 384,9	.	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	667,9	700,1	.	.	605,0	644,0	.	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	432,4	479,3	.	.	426,6	599,5	.	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	.	.	14,3	- 1,8	.	.	.	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 438,8	1 518,6	.	.	1 293,9	1 520,6	.	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	824,7	865,8	.	.	749,2	825,0	.	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	431,8	448,5	.	.	320,5	514,4	.	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	.	.	14,3	- 1,8	.	.	.	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	487,6	510,3	.	.	470,1	252,0	.	.	.	
*Gewerbesteuer											
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	161,2	159,7	.	.	151,8	175,5	.	.	.	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	245,5	265,9	.	.	241,1	- 7,7	.	.	.	

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1985	1986	1986			1987				
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	124,6	101,0	104,4	102,3	99,8	93,9	94,2	94,4	...	
Ausfuhrpreise	119,4	116,8	117,6	117,4	117,1	115,1	115,2	115,4	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	122,1	104,7	107,4	105,3	104,0	98,7	98,9	99,1	...	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	121,8	118,2	119,4	118,6	118,5	115,4	115,1	115,2	115,3	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	103,1	97,2	98,4	97,3	98,9	95,7	p 95,8	p 93,8	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,5	116,2	.	116,1	.	.	.	118,5	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	115,2	108,4	110,8	109,8	108,8	104,8	104,8	p 104,5	...	
Einzelhandelspreise	117,5	117,3	117,7	117,7	117,7	117,7	117,9	118,2	118,2	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	121,0	120,7	120,9	120,9	121,1	120,7	121,0	121,1	121,3	
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,9	117,6	118,2	118,5	118,9	117,4	117,9	118,3	118,0	
Bekleidung, Schuhe	118,4	120,6	120,3	120,5	120,5	121,9	122,0	122,0	122,1	
Wohnungsmieten	123,9	126,4	126,0	126,1	126,3	128,1	128,3	128,4	128,6	
Energie (ohne Kraftstoffe)	133,4	116,4	122,3	118,6	116,0	106,0	105,1	104,7	106,0	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	117,7	119,1	119,0	118,9	119,0	120,1	120,3	120,4	120,5	

LÖHNE UND GEHALTER

- Effektivverdienste in DM -

ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU

Bruttowochenverdienste

*männliche Arbeiter	699	715	711	.	.	.	726	.	.
darunter *Facharbeiter	729	746	745	.	.	.	759	.	.
*weibliche Arbeiter	481	496	490	.	.	.	511	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	460	470	467	.	.	.	490	.	.

Bruttostundenverdienste

*männliche Arbeiter	17,07	17,53	17,41	.	.	.	17,93	.	.
darunter *Facharbeiter	17,88	18,38	18,24	.	.	.	18,80	.	.
*weibliche Arbeiter	12,17	12,60	12,43	.	.	.	13,00	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	11,70	12,00	11,86	.	.	.	12,41	.	.

Bezahlte Wochenarbeitszeit

männliche Arbeiter (Stunden)	40,8	40,7	40,9	.	.	.	40,5	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,5	39,4	39,4	.	.	.	39,3	.	.

ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE

in Industrie und Hoch- und Tiefbau

Kaufmännische Angestellte

*männlich	4 123	4 273	4 229	.	.	.	4 416	.	.
*weiblich	2 842	2 925	2 884	.	.	.	3 021	.	.

Technische Angestellte

*männlich	4 263	4 370	4 313	.	.	.	4 490	.	.
*weiblich	2 772	2 839	2 794	.	.	.	2 933	.	.

in Handel, Kredit und Versicherungen

Kaufmännische Angestellte

*männlich	3 374	3 425	3 436	.	.	.	3 531	.	.
*weiblich	2 305	2 347	2 359	.	.	.	2 400	.	.

Technische Angestellte

männlich	3 397	3 436	3 378	.	.	.	3 432	.	.
weiblich	2 161	2 192	2 106	.	.	.	2 167	.	.

in Industrie und Handel zusammen

Kaufmännische Angestellte

männlich	3 610	3 699	3 695	.	.	.	3 815	.	.
weiblich	2 456	2 509	2 508	.	.	.	2 574	.	.

Technische Angestellte

männlich	4 186	4 304	4 244	.	.	.	4 416	.	.
weiblich	2 725	2 789	2 736	.	.	.	2 869	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postcheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾				
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
Mill. DM								in 1 000				
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 888	276	16 949	502
1983	17	14	12	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	13	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	9	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Sozialhilfe				Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁴⁾	Lkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		Aufwand in Mill. DM	
										Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000		
in 1 000													
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5	
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	68,4 ^{a)}	62,0	
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8	
1985	1 249	38	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 305,1	391,7	84,8 ^{a)}	66,9	
1986	1 291	40	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	...	71,7	

Jahr	Steuern ⁷⁾								Fundierte Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung				Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 8)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden	insgesamt		Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer	insgesamt				Kreditmarkt-mittel	
													in 1 000
Mill. DM													
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205	
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220	
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252	
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287	
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423	

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise ⁹⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte	Industriearbeiter ¹⁰⁾				Angestellte in Industrie 10) und Handel		öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte	für Wohngebäude		insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
							Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte		
DM												
1982	114,1	109,8	108,9	111,9	111,3	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454
1985	121,8	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530
1986	118,2	97,2	116,2	120,7	117,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) einschließlich mit Spezialaufbau 6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 3. 1987			Bevölkerungsveränderung im März 1987			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juni 1987 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)						
		in %							
FLENSBURG	85 373	- 0,2	- 1,5	- 35	- 172	- 207	33	-	36
KIEL	244 166	+ 0,4	- 0,4	- 109	972	863	172	4	222
LOBECK	208 439	- 0,2	- 0,7	- 124	- 299	- 423	123	-	151
NEUMONSTER	77 760	- 0,1	- 0,5	- 21	- 67	- 88	28	-	35
Dithmarschen	128 236	- 0,1	- 0,8	- 40	- 98	- 138	80	3	124
Hzgt. Lauenburg	157 696	- 0,3	- 0,1	- 25	- 416	- 441	63	2	82
Nordfriesland	160 186	- 0,2	- 0,7	- 24	- 289	- 313	91	5	116
Ostholstein	196 402	+ 0,2	+ 0,6	- 63	414	351	127	3	168
Pinneberg	262 785	+ 0,1	+ 0,9	- 25	185	160	138	2	178
Plön	117 745	- 0,1	- 0,4	- 41	- 44	- 85	70	1	99
Rendsburg-Eckernförde	247 414	- 0,0	- 0,1	- 36	- 77	- 113	146	1	190
Schleswig-Flensburg	182 720	+ 0,0	- 0,0	- 8	99	91	91	3	180
Segeberg	218 825	- 0,1	+ 1,1	17	- 150	- 133	138	4	173
Steinburg	126 418	- 0,1	- 0,8	- 56	- 24	- 80	60	2	79
Stormarn	198 191	+ 0,0	+ 0,9	- 17	108	91	93	1	126
Schleswig-Holstein	2 612 356	- 0,0	- 0,0	- 607	142	- 465	1 453	31	1 959

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1987		
	Betriebe am 30. 6. 1987	Beschäftigte am 30. 6. 1987	Umsatz ⁴⁾ im Juni 1987 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	69	8 335	199	36 207	32 460	379
KIEL	124	22 464	325	99 121	89 127	366
LOBECK	132	20 695	276	85 595	76 903	368
NEUMONSTER	69	9 908	121	36 061	32 215	414
Dithmarschen	69	5 788	243	68 957	55 882	435
Hzgt. Lauenburg	95	7 845	98	79 561	69 146	437
Nordfriesland	53	2 959	62	83 428	67 889	422
Ostholstein	79	6 038	112	93 637	80 669	412
Pinneberg	188	20 419	332	132 694	116 095	443
Plön	46	2 628	40	61 090	51 733	438
Rendsburg-Eckernförde	119	9 145	167	128 825	108 571	438
Schleswig-Flensburg	81	5 048	117	96 535	78 827	432
Segeberg	168	16 280	381	124 005	107 137	491
Steinburg	81	9 133	193	68 098	56 135	443
Stormarn	155	17 409	402	103 860	91 856	465
Schleswig-Holstein	1 528	164 094	3 067	1 297 674	1 114 645	427

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 3. 1987 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1986			Arbeitsmarkt				*Viehbestände	
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 6. 1987	Kurzarbeiter Monatsmitte Juni 1987	offene Stellen 30. 6. 1987	Schweine insgesamt am 3. 4. 1987	Rindvieh am 31. 12. 1986	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,7	+ 4,8	- 0,1	105	5	6	1 720	1 540	514
Hamburg	1 571,3	- 12,4	- 0,5	99	4	6	8	13	3
Niedersachsen	7 196,1	+ 1,6	- 0,0	299	16	20	7 579	3 315	1 090
Bremen	654,2	- 9,5	- 0,9	42	4	2	8	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 676,5	- 1,4	+ 0,0	712	53	38	6 559	2 016	610
Hessen	5 543,7	+ 3,0	+ 0,3	153	12	15	1 220	829	272
Rheinland-Pfalz	3 611,4	- 0,9	- 0,1	104	8	9	640	604	216
Baden-Württemberg	9 326,8	+ 4,9	+ 0,6	187	32	41	2 463	1 771	657
Bayern	11 026,5	+ 5,2	+ 0,5	258	43	34	4 371	5 130	2 000
Saarland	1 042,1	- 6,9	- 0,4	50	3	3	43	70	24
Berlin (West)	1 879,2	- 11,5	+ 1,0	89	5	9	3	1	0
Bundesgebiet	61 140,5	+ 0,8	+ 0,2	2 097	184	182	24 614	15 305	5 391

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im März 1987	
	Beschäftigte am 30. 4. 1987 in 1 000	Umsatz ²⁾ im April 1987		Beschäftigte am 31. 3. 1987		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	163	2 979	21	35	13	695	2,7
Hamburg	136	5 686	12	21	14	63	0,4
Niedersachsen	644	12 962	32	92	13	1 547	2,1
Bremen	76	2 160	46	10	15	23	0,4
Nordrhein-Westfalen	1 950	34 451	30	212	13	3 290	2,0
Hessen	626	9 377	30	84	15	1 200	2,2
Rheinland-Pfalz	363	7 041	36	57	16	1 175	3,3
Baden-Württemberg	1 427	22 794	32	169	18	3 306	3,5
Bayern	1 352	19 886	33	189	17	4 575	4,1
Saarland	135	2 215	31	15	14	213	2,0
Berlin (West)	163	3 619	11	31	16	320	1,7
Bundesgebiet	7 035	123 170	30	916	15	16 407	2,7

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 1. 1987			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im April 1987				Bestand an Spar- einlagen 6) am 31. 3. 1987 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
Schleswig-Holstein	1 298	1 115	427	1 218	32	1 547	130	7 397	562	538	...
Hamburg	679	612	389	866	8	1 082	126	10 834	773	3 023	...
Niedersachsen	3 685	3 141	437	2 946	87	3 873	134	9 238	557	468	...
Bremen	286	258	394	300	7	342	116	10 400	648	1 309	...
Nordrhein-Westfalen	8 120	7 259	435	6 586	118	8 468	130	10 071	627	941	...
Hessen	3 044	2 648	478	2 455	45	3 172	131	11 339	740	965	...
Rheinland-Pfalz	2 015	1 704	472	1 579	39	2 039	132	10 718	596	619	...
Baden-Württemberg	5 084	4 329	464	4 095	104	5 495	137	11 803	725	932	...
Bayern	6 056	4 962	450	4 892	157	6 525	137	11 974	620	726	...
Saarland	537	480	460	396	7	504	129	9 780	550	591	...
Berlin (West)	756	665	354	1 052	5	1 231	117	9 250	622	1 347	...
Bundesgebiet	31 663 ^a	27 224 ^a	445	26 720	625	34 697	132	10 612	641	875	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Bundespost und Bundesbahn

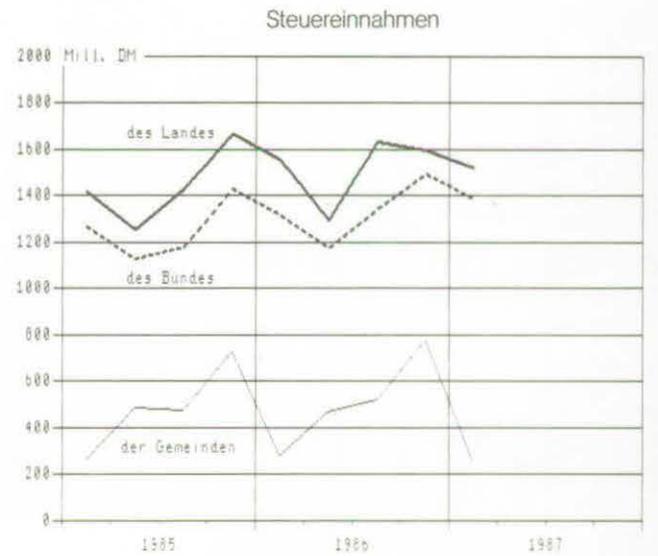
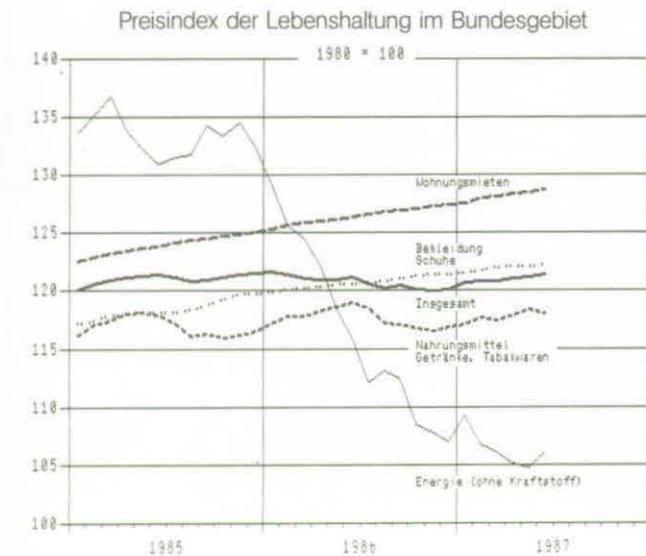
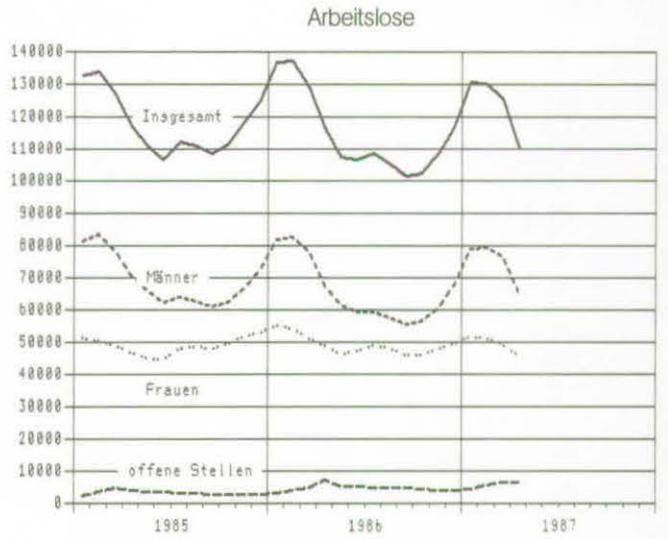
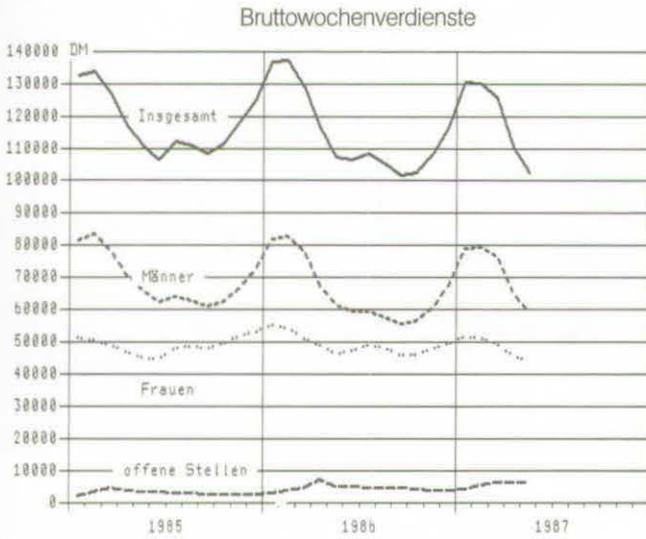
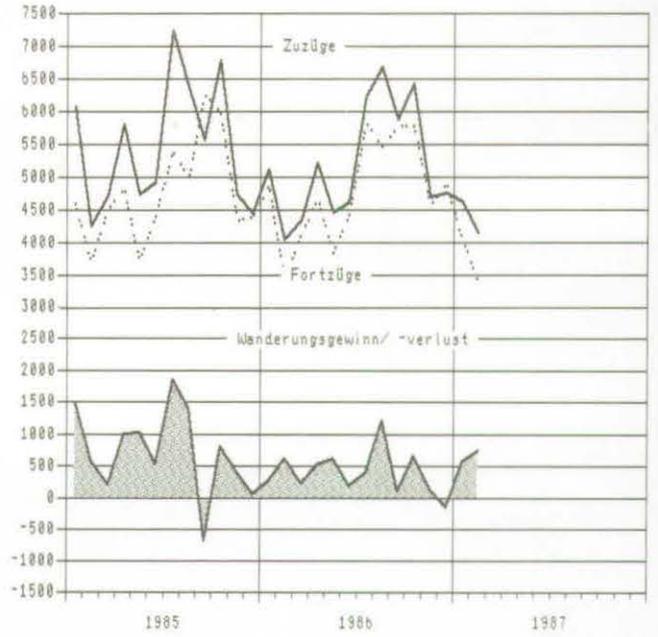
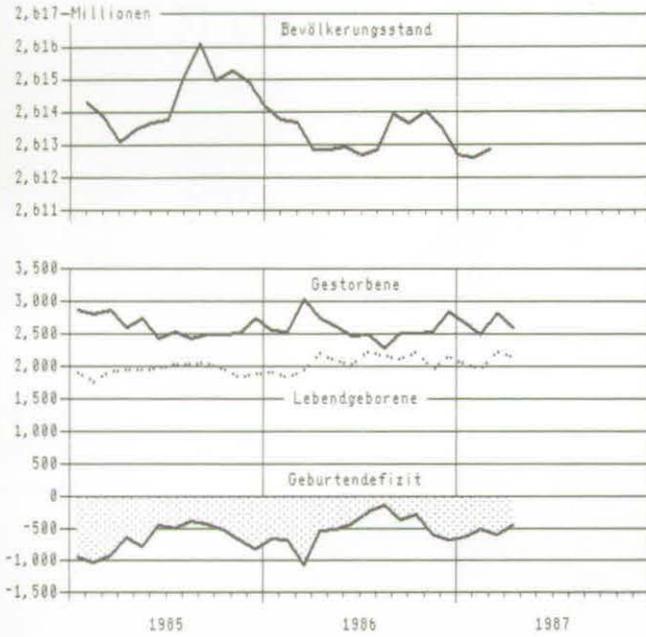
4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 6) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Entwicklung im Bild

D 5607 Stat. LA S-H (A)

Bevölkerungsstand und -veränderung



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 68951
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -